

1. **Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag, - Verwaltung -
Referat ZT 6, Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2016-101-16-PuK4
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Dienstleistungsauftrag
3. a) **Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung:** Planung der Umrüstung der Audio-Infrastruktur des Parlamentsfernsehens, inklusive fachlicher Betreuung des Vergabeverfahrens
Gegenstand der Ausschreibung sind Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Planung der Umrüstung der Audio-Infrastruktur des Parlamentsfernsehens.
- Die Umrüstung ist nötig, um die Audio-Infrastruktur dem Stand der Technik anzupassen und um die Kompatibilität mit der auf den HD-Standard umgerüsteten Video-Infrastruktur zu gewährleisten.
- Folgende technische Bereiche sind für die Umrüstung zu berücksichtigen:
- Tontechnik in vier Fernsehregieräumen
 - Tontechnik für ein TV Studio
 - Zentrale Kommandoanlage (Intercom)
 - Zuführungsnetzwerk für die Audiosignale aus den diversen Sitzungssälen
 - Zentrales Audiorouting (Kreuzschiene und Verteilung)
- b) **CPV - Nr:**
- c) **Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) **Ausführungsort:** Deutscher Bundestag
- Verwaltung -
Platz der Republik 1
11011 Berlin
- e) **Bestimmungen über die Ausführungsfrist:** Beginn: ..
Ende: ..
- Bemerkung zur Ausführungsfrist: Sofort nach Zuschlagserteilung.
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 08.06.2016 23:59:59
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code

Geldinstitut

Verwendungszweck

5. a) **Angebotsfrist:** 09.06.2016 12:00Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine
7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).
8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
9. **Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a) k.A.
- b) k.A.
- c) k.A.
- d) - Nachweis der Teilnahme an der Ortsbesichtigung
- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (in Höhe von mindestens 100.000 Euro jährlich), soweit er die angebotenen Leistungen betrifft. (Punkt 3.5 des Angebotsvordrucks).
- Angabe von mindestens drei aussagekräftigen Referenzen (Projekten) über vergleichbare Leistungen in den letzten fünf Jahren. Davon muss bei zwei Projekten die Auftraggeberin eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt oder das Institut für Rundfunktechnik (IRT) gewesen sein. Als vergleichbar gelten Projekte, die mindestens die Installation von Regieräumen (Mischpulte) und einer zentralen Audioverteilung (Kreuzschienensysteme) beinhalten. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über die Anzahl der beim Bieter in den letzten drei Jahren beschäftigten Arbeitskräfte (mindestens 3 Mitarbeiter im auftragsrelevanten Bereich), gegliedert nach Berufsgruppen. (Punkt 3.7 des Angebotsvordrucks).

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

¿

Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 4.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:

Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

10. Zuschlagsfrist/Bindefrist: 29.07.2016

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

11. Zuschlagskriterien: Preis

**12. Nebenangebote/
Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen

13. Sonstige Angaben: Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im Ermessen der Vergabestelle.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbegleitschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots.